

Zusammenstellung von Widerstands- und Protestaktionen und Stellungnahmen in den Philippinen vom 01.01. – 31.01.2013, zusammengestellt aus Pressemitteilungen der KMU (Kilusang Mayo Uno, Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai)

Zur leichteren Lesbarkeit des Textes hier die Erklärung zu Namen und Begriffen, die im Text immer wieder vorkommen:

KMU = Kilusang Mayo Uno (Gewerkschaftsbewegung des 1. Mai, kämpferischer gewerkschaftlicher Dachverband auf den Philippinen)

DFA-KMU = Föderation der KMU für Arzneimittel, Ernährung und ähnliche Dienste, eine Assoziation der KMU

PISTON = Pagkakaisa ng Samahang Tsuper, Vereinigung der Fahrer, ein Mitglied der KMU

Elmer Labog bzw. Ka Bong = Vorsitzender der KMU

Joselito Ustarez bzw. Lito = stellvertretender Exekutivvorsitzender der KMU

Rogelio Soluta bzw. Roger = Generalsekretär der KMU

Nenita Gonzaga = KMU-Vizepräsidentin für Frauen

Anakpawis Partylist (fortschrittliche Parteiliste der unterdrückten Massen, im Kongress vertreten)

Cherry Clemente = Generalsekretärin der Anakpawis Parteiliste

Bayan = sinngemäß das Volk, breiter Zusammenschluss von verschiedenen fortschrittlichen Organisationen mit ungefähr 1 Million Mitgliedern

Kadamay = Organisation der städtischen Armen, verbunden mit der KMU

Gabriela = breites Frauenorganisationsbündnis mit ca. 150.000 Mitgliedern

Anakbayan = fortschrittliche Jugendorganisation des Volkes

Courage = gewerkschaftlich orientierte Organisation der Regierungsangestellten

Migrante = fortschrittliche Organisation für die Anliegen der Migranten

Benigno Simeon Aquino III bzw. Noynoy = derzeitiger Staatspräsident

Gloria Macapagal Arroyo bzw. GMA oder Gloria = frühere Staatspräsidentin

Philippine Airlines bzw. PAL = philippinische Luftfahrtsgesellschaft, die sich im Besitz des Tycoons Lucio Tan befindet

PALEA = gewerkschaftlicher Zusammenschluss der PAL-Angestellten

NDFP = Nationaldemokratische Befreiungsfront der Philippinen, die unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen steht

GPH = Regierung der Philippinen

VFA = Visiting Forces Agreement = Besucherstreitkräfteabkommen bzw. Stationierungsabkommen mit den USA

ECOP = Employers Confederation of the Philippines, philippinischer Arbeitgeberverband

AmCham = American Chamber of Commerce, amerikanische Handelskammer

Regional Wage Boards bzw. RWB = regionale Lohnbehörden

CBA = Collective Bargaining Agreement, kollektive Verhandlungsvereinbarung, CBA's werden auf der Einzelbetriebsebene abgeschlossen, es gibt in den Philippinen keine für einen Konzern oder eine Branche geltende Tarifverträge

ECOLA = emergency cost of living allowance bzw. Arbeiter-Notlagenunterstützung

CCT = Conditional Cash Transfer program bzw. An Bedingungen geknüpftes Barauszahlungsübertragungsprogramm, die KMU nennt es ein Almosenprogramm

PPP = Public Private Partnership, Öffentliche-Private-Partnerschaftsprogramme, wie sie auch hierzulande bekannt sind, bei denen z.B. Gemeinde viel drauf zahlen müssen

CARPER = Comprehensive Agrarian Reform Programm Extension bzw. umfassendes Agrarreformausdehnungsprogramm

Department of Labor und Employment bzw. DoLE = Ministerium für Arbeit und Beschäftigung

Assumption of jurisdiction bzw. AJ = wörtlich Übernahme der Gerichtszuständigkeit, gemeint ist damit die Möglichkeit zu Anordnungen des Ministeriums für Arbeit und Beschäftigung, mit denen z.B. Streiks verboten werden können

OPL bzw. Oplan Bantay Laya (ein schönfärberisch als Operation Freiheitswache bezeichnetes Aufstandsbekämpfungsprogramm)

Oplan Baynihan, Nachfolgeprogramm des OPL, im Kern das gleiche Aufstandsbekämpfungsprogramm wie unter der Arroyo-Regierung, aber mit raffinierten Phrasen getarnt, was schon bei dem Namen Baynihan = Nachbarschaftshilfe anfängt

SONA, state on nation adress = Erklärung zur Lage der Nation durch den regierenden Präsident

SLEX bzw. NLEX = Südluzon-bzw.Nordluzonautobahn

Ibon – (unabhängige, fortschrittliche Forschungsgesellschaft)

Iohsad = Institute for Occupational Health and Safety, fortschrittliches Institut für Arbeitsmedizin und -sicherheit

CTUHR = Center for Trade Union and Human Rights, Zentrum für Gewerkschafts- und Menschenrechte

EILER = Ecumenical Institute for Labor and Education Research bzw. Ökumenisches Institut für Arbeit und Bildungsforschung, ein der Arbeiter- und Volksbewegung eng verbundenes fortschrittliches Institut

Riles (loses Netzwerk von Pendlern, Arbeitern und Studenten, die gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Metro und der Lightrainway und die Privatisierung der Zugsysteme opponieren)

Währungsrelation Euro zu philippinischem Peso (am 01.04.2012 entsprach 1 Euro etwa 56 Pesos, somit bedeutet die Forderung von 125 Pesos mehr in etwa 2,50 € mehr pro Tag)

Die Bilder stammen von der KMU bzw. der Bulatlat-Homepage. Bulatlat ist ein fortschrittliches Enthüllungsjournalismus-Wochen-Magazin.

01.01.2013

Zum Beginn des Neuen Jahres zieht die KMU **eine Bilanz zur Aquino-Politik**. Darin heißt es u.a.: Präsident Aquino III hat die Angriffe auf die Arbeiterlöhne, die Arbeitssicherheit und die Gewerkschaftsrechte im letzten Jahr intensiviert. Labog nahm dabei u.a. auf folgende Punkte Bezug:

1.

Mit der Behauptung, dass der Mindestlohn in den Philippinen höher ist als in den Nachbarländern, lehnte Aquino in seiner Ansprache zum 1. Mai die Forderung nach 125 Pesos mehr ab.

2.

Das Arbeitsministerium erzwang eine Umsetzung des 2-Stufen-Lohnsystems. In der Region Calarbazon wurde ein Grundlohn von 255 Pesos festgelegt, der niedriger liegt als der bestehende Mindestlohn. In den sog. Wachstumsregionen beträgt er 337 Pesos.

3.

Auch nach der Erstellung von vor 2 Jahren liegt der Gesetzesentwurf zum 125 Peso-Gesetz auf der Ebene des Hauskomitees für Arbeit und Beschäftigung.

4.

Es gibt gefälschte Anklagen und Haftbefehle gegen drei Mitglieder des KMU Nationalrates und einen Führer der KMU der Ortsgruppe in der Hauptstadtregion: Ronald Ian Evidente, Hermenegildo Marasigan, Roy Velez und Amelita Gamara.

5.

Folgende Politik bleibt in Kraft: die Legalisierung der Leiharbeit durch die Anordnung des Arbeitsministeriums Nr. 18 A von 2011, die Möglichkeit zur Anordnung der AJ bei Arbeitskonflikten und das Recht zur Selbstbeobachtung der Einhaltung von Gesundheitsvorsorge und Arbeitssicherheit bei den Firmen.

6.

In 2012 wurde die „Gemeinsamen Richtlinien von DOLE, DILG, PNP (Philippinische Nationalpolizei), DND (Verteidigungsministerium) und AFP (Philippinische Nationalarmee) zur Handlungsweise von Angehörigen der AFP/PNP bei der Ausübung der Arbeiterrechte zur Freiheit der Vereinigung, kollektiver Verhandlungen, gemeinsamen Aktionen und anderen Gewerkschaftsaktivitäten“ eingeführt, womit dem Militär die Einmischung in Arbeitskonflikte erlaubt wird.

Aufgrund der verstärkten Angriffe auf Arbeiterrechte, wehren sich die Arbeiter – gründen Gewerkschaften, starten Streiks und beteiligen sich an verschiedenen Protestaktionen. Wir haben 2012 12 Streiks feststellen können.

Aquinos Mantra vom „industriellen Frieden“ geht nicht die Ursachen der Arbeiterproteste an, sondern es unterdrückt diese Proteste.

02.01.2013

Die KMU **kritisierte heute die von der regierungseigenen Gesundheitsversicherungsgesellschaft PhilHealth vorgenommene Beitragserhöhung**. Entgegen der Behauptung von PhilHealth, dass es die Beitragserhöhungen bis 2014 gestundet habe, wurden die Beiträge von freiwillig zahlenden Individuen und aus dem Angestelltensektor erhöht, so Labog. PhilHealth zeigt nur, wie armenfeindlich es eingestellt ist, wenn es die Beiträge der niedrig bezahlten Angestellten und die freiwillig Zahlenden, die aus den Reihen der Selbständigen kommen, erhöht. Diesem Sektor verweigert die Regierung Gesundheits- und andere Dienstleistungen. Bei den Selbständigen stiegen die Beiträge von 1.200 Pesos im Jahr 2012 auf nun 1.800 Pesos zum 01.01.13, ein Anstieg um 600 Pesos pro Jahr bzw. 50 Pesos im Monat. Bei den Angestellten stiegen die Beiträge in der Gehaltsgruppe 1 (4.999,99 Pesos und darunter) um 50 Pesos, in der Gehaltsgruppe 2 (5.000 bis 5.999,99 Pesos) um 62,50 Pesos und um 75 Pesos in der Gehaltsgruppe 3 (6.000 bis 6.999,00 Pesos). Die Arbeiterbeiträge werden sicherlich in den kommenden Monaten und Jahren ansteigen.

02.01.2013

Die KMU **kritisierte heute die Aquino-Regierung dafür, dass sie sich geweigert hat, den mit der NDFP vereinbarten Waffenstillstand bis zum 15.01.2013 zu verlängern**. Das ist ein Betrug an den Friedensverhandlungen. Es ist ein schlechtes Zeichen für die philippinischen Arbeiter und das Volk, die einen wirklichen und dauerhaften Frieden im Land wollen, so Labog. Die Waffenstillstandsverlängerung hätte eine positive Geste für die kommende Wiederaufnahme der Friedensgespräche sein können. Ihre Verweigerung zeigt, dass sie keine Absicht hat, die fundamentalen Gründe für den bewaffneten Konflikt anzugehen. Das Zentralkomitee der CPP gab heute die Beendigung der Feuerpause bekannt, nachdem die Regierung die Vereinbarung zur Verlängerung bis zum 15. Januar 2013 nicht unterschrieben hatte.

03.01.2013

Die KMU **verurteilte die Ernennung der Akbayan Repräsentantin Kaka Bag-ao als Verwalter des Dinagat Distriktes und die Freigabe von 140 Milliarden Pesos aus dem Günstlingsfond an sie**.



Die Aquino-Regierung und die Akbayan Parteiliste sind klar engagiert in Patronage-Politik. Aquino will Pro-Aquino-Politiker wie z.B. Frau Bagao und dass die Repräsentanten der von Akbayan die Wahlen 2013 gewinnen, so dass er den Kongress kontrollieren und pro-USA, pro Elite, armenfeindlich und arbeiterfeindlich weiter fortfahren kann. Akbayan wird als Preisverdächtiger aufgestellt, als fanatischer Bündnispartner der Aquino-Regierung bei der Umsetzung neoliberaler Politik, die chronische Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Verschuldung unter dem Volk verursacht. Wir rufen die philippinischen Arbeiter und das Volk dazu auf, nicht die betrügerische Parteiliste bei den kommenden Wahlen zu wählen, so Labog.

03.01.2013

Wir verurteilen die Aquino-Regierung wegen der Abschaffung der Präsidentenkommission für gute Regierungsarbeit. Das ist ein Betrug an dem Kampf der philippinischen Arbeiter und des Volkes für Gerechtigkeit gegen die schweren Verbrechen der US gestützten Marcos-Diktatur. Sie behauptet, dass es nicht ausführbar wäre, den von der Marcos Familie unberechtigt erworbenen Reichtum einzuziehen. Sie setzt den Beginn, um die Fälle von Menschenrechtsverletzungen fallen zu lassen. Die Aquino-Regierung ist schuldig der historischen Amnesie. Präsident Aquino mag den Marcos-Leuten vergeben haben für ihre Verbrechen gegen seine Familie, aber wir philippinischen Arbeiter und das Volk bleiben standfest und kämpfen für Gerechtigkeit wegen den Marcos-Verbrechen gegen uns. Die Maßnahme zur Abschaffung der Präsidentenkommission deckt die Verrottenheit des Elite-dominierten politischen Systems dieses Landes auf. Sie zeigt, dass die verschiedenen Fraktionen der Landeselite leicht ihre Differenzen beiseite schieben und sich gegenseitig ihre Verbrechen gegen die philippinischen Arbeiter und das Volk verzeihen können, so Labog.

09.01.2013

Die **Bergung einer abgestürzten US-Drohne in den Gewässern von Masbate beleuchtet die Kollaboration von Präsident Aquino mit den USA bei der Verletzung der Souveränität des Landes.** Es deutet auf die Wahrscheinlichkeit, dass Aquino der USA erlaubt hat, den Luftraum im Land mit Drohnen und Kampfflugzeugen zu befliegen und die Gesetze des Landes zu verletzen. Kein sich selbst respektierendes Land würde einem anderen Land erlauben, nicht einmal dem mächtigsten Land, mit militärischen Flugzeugen den Luftraum zu betreten – ohne Einschränkungen und Regeln. Wir verurteilen die die Regierung für ihren Versuch, ihre Marionettenschaft zu den USA zu verdecken, in dem sie sagt, dass die Drohne von Guam hervorgebracht wurde und nur in Masbate angespült worden sei, obwohl sie in der Angelegenheit keine einzige Untersuchung

durchgeführt hatte. Wir sind sehr besorgt darüber, dass diese Drohnen über das Land fliegen mit der Aufgabe Sektionen in den Philippinen abzubilden, so sich reiche Mineral- und Naturressourcen befinden und das Vorspiel zur imperialistischen Ausplünderung einleiten. Ebenso sind wir besorgt darüber, dass diese Drohnen im Auftrag zur Beobachtung von rebellischen Gruppen im Land durchführen. Das stellt eine Verletzung der Souveränität des Landes dar und ist eine Einmischung in innere Angelegenheiten der Philippinen. Wir verurteilen ebenso die USA dafür, dass sie das VFA („Besucherstreitkräfteabkommen“) als eine Lizenz nutzt, um sich unbegrenzt auf dem Territorium des Landes bewegen zu können. Wir wiederholen unsere Forderung für die sofortige Abschaffung des VFA's, so Labog.

09.01.2013

Es ist erwiesen, dass der **Zwischenfall in Atimonan, Quezon am 06.01.13** einen Überfall und keine Schießerei gewesen ist, wie vorher berichtet worden ist. Es wird immer deutlicher, dass dieser Überfall in Verbindung mit kriminellen Aktivitäten, möglicherweise mit illegalem Glücksspiel steht. Die Reiberei zwischen dem Militär und der Polizei zeigt, dass sich diese unter der Aquino-Regierung nicht geändert haben. Sie sind weiterhin engagiert in kriminellen Aktivitäten und in der Lage zu töten – im Auftrag zum Schutz von Interessen der kriminellen Syndikate. Der grausame Atimonan-Zwischenfall deutet auf die riesigen Geldsummen und die Macht, die hinter solchen kriminellen Aktivitäten, insbesondere dem Glücksspiel Jueteng stecken, hin. Frühere Präsidenten waren Objekte von Bestechung, die in der Verbindung mit Jueteng und anderen kriminellen Aktivitäten standen. Eines der Anliegen, dass das Volk gegenüber dem früheren Präsident Estrada verärgerte, war seine Involvierung in Jueteng, so Labog.

11.01.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute an einem **Picketprotest vor der Verwaltung der Philippinischen Übersee Beschäftigungsbehörde in Stadt Mandaluyong** und machten Druck gegen die Wiederherstellung der Lizenz des Arbeitskräftenanwerbers, der Arbeiter für Ölgesellschaften im Golf von Mexiko anwirbt, da dieser philippinische Arbeiter misshandelt. Philippinische Arbeiter, die von dem DNR Offshore Crewing Services angeworben waren und die bei der Grand Isle Schiffswerft (GIS), einer amerikanischen Gesellschaft in Louisiana, USA, beschäftigt sind, erlitten verschiedene Formen von Missbrauch bei ihrer Arbeit für die Ölfirmen im Golf von Mexiko:

- Gezwungen zu einer Arbeit von 6-7 Tagen in der Woche, von 12-14 Stunden täglich, ohne Überstundenbezahlung
- Bezahlung von Gebühren in Höhe von 1.000 bis 3.000 \$ für ein Kojenbett in 10x10 Foot Raum
- Die Bewegungen der Arbeiter in dem Schlafhaus wurden streng begrenzt.
- Gezwungen unter gefährlichen Bedingungen zu arbeiten: 3 starben bei einer Explosion.
- Mit sofortiger Deportation bedroht, falls sie sich beschwerten oder weigern sollten, zu arbeiten.
- Die amerikanischen Arbeiter haben bessere Arbeitsbedingungen in der Gesellschaft.

DNR wurde gegründet durch D & R Resources, die sich in Louisiana befindet und von den philippinischen Schweißern Danilo Dayao und Randolph Malagapo betrieben wird. DNR, D & R und Grand Isle Shipyard behandelten die Filipinos wie Sklaven. Sie müssen einer Untersuchung unterzogen und für ihre Verbrechen bestraft werden, so Tess Dioquino, stellvertretende Vorsitzende der KMU für internationale Angelegenheiten. Es ist empörend, dass die Aquino-Regierung immer noch nicht die Lizenz für die DNR widerrufen hat, und das ist das Mindeste, was er in dieser Angelegenheit machen könnte. Fünzig Filipinos erstellten eine Gemeinschaftsklage gegen GIS wegen Verletzung von Arbeitsrechten, Menschenhandel, Sklaverei, Diskriminierung und Betrug.

11.01.2013

Die KMU **kritisierte heute eine neue Klarstellung des Obersten Gerichtshofes, der die Definition von ausländischem Besitz von Betrieben, wie sie in der Verfassung von 1987 festgelegt ist, aufweicht**. Der von Aquino III kontrollierte SC verkauft damit die Philippinen an große ausländische Kapitalisten und betrügt das Volk. In einer Eingabe zur Beurteilung vom 09.01.13 fordert der SC die Sicherheits- und Amtskommission dazu

auf, die Definition von „Kapital“ in der Bestimmung des Abschnitts 11 von Artikel 12 zu ändern, wonach Eigentum nur an Ausländer übergehen darf, wenn die Filipinos davon mindestens 60% besitzen. Die Entscheidung des SC's macht uns Filipinos zu Hausmietern in unserem eigenen Land. Sie wird die Ungleichheit zwischen wenigen Ausländern und Eliten, die viel im Land besitzen und der Mehrheit der Filipinos, die gar nichts hat, weiter verschärfen, so Labog. Wir rufen alle freiheitsliebenden Filipinos, einschließlich denjenigen die eine Verfassungsänderung bekämpfen, so lange zu kämpfen, bis die Entscheidung des SC's widerrufen worden ist. Nur durch unsere Proteste können wir den krankhaften Druck von Aquino zum Verkauf des Landes an große ausländische Kapitalisten stoppen.

11.01.2013

Die polizeilichen und militärischen Aktionen vom letzten Sonntag in **Atimonan, Quezon, die zum Tod von 13 Menschen führte, steht in Verbindung zu Operationsplan mit dem Namen „Coplan Armado“**, die von der Präsidentenkommission gegen das organisierte Verbrechen vorgeschlagen worden ist. Sie wirft mehr Fragen als Antworten auf. Warum wurde dies erst jetzt aufgedeckt? Ist es aus dem Grund, weil die Öffentlichkeit glaubt, dass es um einen Überfall und keine Schießerei gegangen ist? Ist ein Einsatzplan Grund genug für das Militär und die Polizei, um Kontrollpunktverfahren fallen zu lassen? Niemand anderes als der Minister für Inneres und örtliche Angelegenheiten, Mar Roxas, hatte auf verschiedene Verletzungen dieser Prozeduren beim Atimonan-Zwischenfall hingewiesen. Die Aufdeckung durch die Präsidentenkommission hat den Verdacht des Volkes erhöht, dass es diese Verletzungen absichtlich gab, dass es sich um eine geplante Aktion gehandelt hat, nicht eine Schießerei, sondern einen Überfall. Wenn der Grund für „Coplan Armadao“ nur darin bestand, Victor Siman hinter Gitter zu bringen, warum wurden dann er und 12 weitere getötet? Regierungsfunktionäre, die in den angeblichen Plan eingeweiht waren, sollten benannt und untersucht werden. Der Verdacht besteht, dass der Überfall entweder den Grund, ein rivalisierendes kriminelles Syndikat anzugreifen oder jemand ruhig zu stellen, der möglicherweise Informationen besitzt, die zur Überführung von Spitzenleuten im Militär, in der Polizei und auch Regierungsfunktionären führen könnte. Das wirft die Frage auf: wer in der Aquino-Regierung ist der Schutzpatron von denjenigen, die von dem Atimonan-Massaker und der möglichen Verdeckung dieses Verbrechens profitieren?

13.01.2013

Die KMU **verurteilte heute den Plan der Aquino-Regierung zur Vertreibung von 100.000 städtischen Armen aus ihren Behausungen an 6 hauptsächlich Wasserwegen nach Manila**. Die Regierung benutzt dabei die Überflutungskontrolle, die Sicherheit der städtischen Armen und eine neue Rhetorik, um die Vertreibung der städtischen Armen aus der Hauptstadtregion zu verniedlichen. Damit reagierte die KMU auf die Bekanntgabe von Mar Roxas, dass die genannte Zahl von illegalen Bewohnern durch das Innenministerium, die Hauptstadt Manila Entwicklungsbehörde und das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Autobahnen aus ihren Behausungen noch vor dem Beginn der Regensaison im Juni verlegen will. Roxas versucht die städtischen Armen und die Öffentlichkeit mit alten Lügen zu belügen. Die städtischen Armen werden nur andere sog. Gefahrenzonen verlegt und die Hauptstadtregion wird nicht sicherer, wenn dieser Plan umgesetzt wird, so Labog. Der ungehinderte und ungeplante Bau von Einkaufszentren und Eigentumswohnanlagen, die fortgesetzte Entwaldung der Berge in der Nähe der Hauptstadtregion und die Verweigerung der Regierung, Bäche und Flüsse zu entschlammen, sind naheliegende Gründe zur Verschärfung der Überflutung der Hauptstadtregion. Wir haben von den Lügen Roxas gehört, dass die Regierung mit den betroffenen Gemeinden vorher verhandeln will. Diese Lügen werden verbreiten, während die Regierung gewaltsame Zerstörungen der Behausungen der städtischen Armen, Umsiedlungen in weit entfernte und menschenunwürdige Stellen und betrügerischen Beratungen mit den betroffenen Gemeinden durchführt. Viele städtische Arme, die umgesiedelt wurden, haben die von der Regierung erstellten Gebäude verlassen, weil sie die Stufenmieten nicht bezahlen konnten.

14.01.2013

Eine Woche vor der Wiederaufnahme der Beratungen des Kongresse, hat die KMU das **Repräsentantenhaus dazu aufgerufen, dass 125-Peso-Gesetz umgehend zu verabschieden**. Wir sind froh darüber, dass die regionalen Beratungen zu diesem Gesetz bald vorbei sein werden. In den kommenden Wochen werden wir Druck auf den Kongress machen, dieses Gesetz zu beraten und dafür zu stimmen, so Labog.

15.01.2013

Vor kurzem veröffentlichte die **Sozialwetterstation** ihre **Untersuchung**, die sie vom **08.-11.12.12** durchgeführt hatte. Sie zeigt, dass die Anzahl der Haushalte, die sich als „arm“ und „ernährungsarm“ einstufen, gegenüber August 2012 angestiegen ist: „Arm“ von 9,5 Millionen bzw. 47% auf 10,9 Millionen bzw. 54% und „ernährungsarm“ von 7,2 Millionen bzw. 35% auf 8,9 Millionen bzw. 44%. Diese Ergebnisse bestätigen unsere Beobachtungen auf den Arbeitsplätzen und den Gemeinden. Das sog. Wachstum, mit dem Aquino III prahlt, führte nicht zu einem Anstieg der Beschäftigung, den Löhnen und sozialen Leistungen für die Mehrheit der Menschen, so Labog. Die Untersuchung widerspiegelt auch die Verwüstungen durch die Taifune Pablo und Sendong in Mindanao. Farmen wurden zerstört, Arbeitsplätze gingen verloren und wir sind empört darüber, dass die Regierung nicht so schnell darauf reagiert wie es sein müsste. In Mindanao stieg die Selbsteinschätzung von „Arm“ von 57 auf 72% bzw. „ernährungsarm“ von 45 auf 63%.

15.01.2013

Die KMU verurteilte heute die 3 großen Ölkonzerne wegen der **heute Morgen vorgenommenen Preiserhöhung von Diesel und Kerosin**. Die Arbeiter und Armen haben nicht vergessen, dass sich die 3 Großen den Wunsch der Filipinos mit ihren Verwandten und Freunden in den Ferien zusammen zu kommen, zu Nutze gemacht und die Preise erhöht haben. Seit Weihnachten stieg der Literpreis für Diesel und Benzin, der von den Jeeneys benutzt wird, im ganzen Land: Anstieg um 0,45 Pesos an Weihnachten, Anstieg um 0,20 Pesos an Neujahr, Reduktion um 0,15 Pesos am 08.01.13 und heute Anhebung um 0,25 Pesos. Erneut sehen wir die schamlose Überteuerung und die Profitmachereimaßnahmen der Großen 3, so Labog. Die Regierung muss das Deregulierungsgesetz in der Ölindustrie abschaffen und die Menschen vor der Überteuerung und der Profitmacherei schützen. Die Arbeiter benötigen eine wirksame Lohnerhöhung, um die steigenden Preise auszugleichen.

15.01.2013

Wir vereinigen uns mit den philippinischen Arbeitern und dem Volk bei der Forderung an den SC zur Abschaffung des Cyberkriminalitätsgesetzes. Dieses Gesetz ist ein Angriff auf die freie Meinungsäußerung der Arbeiter und des Volkes. Es verfolgt das Ziel, kritische Sichtweisen zur Aquino-Regierung und dem sozial-ökonomischen System des Landes zu unterdrücken. Es dient der Ruhigstellung von alternativen und fortschrittlichen Sichtweisen und stärkt die pro-Aquino-Propaganda, so Roger Soluta. Cybersex und Cybermobbing dürfen nicht benutzt werden zur Einführung eines Gesetzes, mit dem das Recht auf freie Meinungsäußerung der Arbeiter und des Volkes unterdrückt wird. Wir warnen die Öffentlichkeit vor der nachträglichen Erstellung einer Petition gegen das Cyberkriminalitätsgesetz vor dem SC durch die Parteiliste Akbayan. Es ist noch gar nicht so lange her, dass diese Gruppe die Lüge verbreitet hat, dass das Gesetz mit der Ausnahme von ein paar Bestimmungen, okay ist. Wir verurteilen die Unterzeichnung und Verteidigung dieses Gesetzes durch Aquino. Wir können uns nicht anders helfen, als zu glauben, dass dieses Gesetz ein Teil von Aquinos Oplan Bayanihan ist. Wir beteiligen uns heute an den Protesten mit dem Ruf „Aaron Swartz ist dabei“. Dabei geben Tribut an Swartz, einen Aktivist, der für die Freiheit im Internet gekämpft und sich selbst umgebracht hat, als die US-Regierung Anklagen gegen ihn wegen des Herunterladens von Dateien, die er frei verbreiten wollte, erstellt hat.

16.01.2013

Die KMU erklärte heute ihre **Solidarität mit dem Volk von Compostela Valley und Davao Oriental**, die gestern eine Straßenbarrikade aus Protest gegen die Rolle der Aquino-Regierung bei der Verwüstung, die den Taifun Pablo hervorgerufen worden war und ihr Versagen adäquat gegenüber den Bedürfnissen der Betroffenen zu handeln. Mehr als 5.000 Menschen blockierten gestern Morgen die Montevista Autobahn in Compostela Valley und verurteilten die Unterstützung der Regierung für den großflächigen Bergbau, die Abholzungen und die Militarisierung der Hilfsaktionen sowie ihr Versagen den betroffenen Menschen ausreichende Unterstützung zukommen zu lassen. Die Regierung stellt sich eindeutig auf die Seite der multinationalen Konzerne, die ihre Tätigkeiten gegen den Willen der Menschen in Mindanao wieder aufnehmen wollen, so Labog. Die KMU unterstützt auch den Widerstand, der Forderungen gegen die Wiederbelebung der Bananen- und

Kokosnussindustrie, die durch den Taifun Pablo in Süd-Mindanao zerstört worden sind, aufstellt. Die Menschen benötigen eine Aufhebung der Landkonversionspolitik, so dass sie Nahrungsmittel anbauen können.

17.01.2013

Die KMU **verurteilte heute die Ernennung von General Emmanuel Bautista zum Militäρχef der Belegschaft, der das Aufstandsbekämpfungsprogramm entwickelt hat.** Dieser Schritt zeigt, dass der Präsident Aquino nur ein Lippenbekenntnis für die Einhaltung der Menschenrechte abgibt. Er hat Oplan Bayanihan entworfen und vor kurzem bekanntgeben, dass er das Aufstandsbekämpfungsprogramm in seinem Ausmaß erweitern will. Roger Soluta behauptete, dass Oplan Bayanihan zur außergerichtlichen Hinrichtung von 6 städtischen Armutsführern und vier Transportsektorführern, der illegalen Entführung und Inhaftierung von 2 Organizern der Regierungsangestellten und der Erstellung von gefälschten Anklagen gegen drei nationale und einen regionalen Führer der KMU geführt hat. Die KMU nahm Bezug auf Angaben der Menschenrechtsgruppe Karapatan, die zeigen, dass Oplan Bayanihan bis Dezember 2012 zu 137 außergerichtlichen Tötungen, 154 versuchten Tötungen, 27 illegalen Inhaftierungen und der Intensivierung der Militarisierung der Gemeinden geführt hat. Das Versprechen von Bautista, die NPA bis zu seinem Ruhestand 2014 „irrelevant“ zu machen, lässt nichts Gutes für Gewerkschafts- und Menschenrechte verheißen. So lange Armut und Hunger im Land fortbestehen, wird die NPA mit der Unterstützung der Armen, insbesondere den armen Bauern im Land, anwachsen.

17.01.2013

Einen Tag vor den Luzonweiten Beratungen zum 125-Peso-Gesetz hatte die KMU das Hauskomitee für Arbeit und Beschäftigung (COLE) dazu aufgerufen, den Gesetzesentwurf umgehend an das Plenum des Repräsentantenhauses weiterzuleiten. Die Konsultation wird morgen in Baguio durchgeführt und ist der letzte Schritt, bevor COLE seinen Komiteebericht erstellen und ans Plenum weiterleiten kann. Wir sind froh darüber, dass das COLE nun endlich die sehr verspätete und dringend erwartete Konsultation durchführt, so Roger Soluta.

18.01.2013

Arbeiter unter der Führung der **KMU beteiligten sich an einem Marsch zur Mendiola-Brücke und forderten die sofortige Einstellung der gefälschten Anklagen gegen Arbeiterführer und Organizer.** Die Anklagen gegen sie sollten sofort fallen gelassen werden, weil ihre pure Existenz eine Ungerechtigkeit darstellt, so Nenita Gonzaga. Randy Vegas und Raul Camposano, Organizer von Courage befinden sich seit dem 03.12.12 in Haft in Daet, Camarines Norte wegen 5-fachen Mordes, einen Fall von Diebstahl und einem Fall von versuchtem Mord. Roy Velez, Vorsitzender der KMU für die Hauptstadtregion und Amelita Bravante, stellvertretende Generalsekretärin der KMU für die Hauptstadtregion bekamen Haftbefehle wegen mehrfachen Mordes. Die Leichtigkeit, mit der das Militär einfach falsche Anschuldigungen gegen Aktivisten erheben und sie einsperren kann, ist empörend. Die Gerichte mit ihrer schneckenhaften Geschwindigkeit, diese Anklagen zu behandeln, sind ein Teil dieser Ungerechtigkeit. Nenita forderte auch die Abschaffung von Oplan Bayanihan.

18.01.2013

Die Beschädigung des Korallenriffes von Tubbataha, eines Weltkulturerbes, hervorgerufen durch das Aufgrund laufen des US-Schiffes Guardian, erhellt die Notwendigkeit für die Abschaffung des VFA's.



Die US-Truppen sind eine Pest für die Meere des Landes, das Land und den Luftraum, zerstören Leben, Besitz und Umwelt, so Labog. Dass der USS Guardian nicht verboten, das Korallenriff zu passieren und dass Parkhütern des Tubbataha Nationalmeeresparks nicht erlaubt wurde an Bord des Schiffes zu gehen, zeigt die riesige Beleidigung, mit der die US-Streitkräfte die philippinischen Gesetze und die Souveränität verletzen.

18.01.2013

Die KMU begrüßte die **Annahme des 125-Peso-Gesetzesentwurfes durch das Unterkomitee für Arbeitsstandards** und rief COLE dazu auf, den Entwurf umgehend zu genehmigen, damit es eine Chance hat im Plenum diskutiert und abgestimmt zu werden. Wir rufen die philippinischen Arbeiter und das Volk auf, seine Proteste für das 125-Peso-Gesetz in den kommenden Wochen zu intensivieren, so Roger Soluta. Der Kongress hat nur 9 Sitzungstage, die am 21.01.2013 beginnen, bevor er in die Ferien geht für die Wahlkampagne.

21.01.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU führten heute anlässlich der Wiederaufnahme der Arbeit des Repräsentantenhauses eine **Picketprotestaktion** durch und forderten die umgehende Verabschiedung des 125-



Peso-Gesetzes.

Sie forderten von dem Präsident des Hauskomitees für Arbeit und Beschäftigung die Einlösung seines Versprechens, schnell den Komiteebericht zu erstellen und an das Hausplenium für mögliche Beratungen und Abstimmung weiterzuleiten. Die Arbeiter trugen Schirme mit der Aufschrift ihrer Forderung, um dies den Abgeordneten und Passanten sichtbar zu machen. Wir möchten unterstreichen, dass der in vielen Betrieben bezahlte Lohn nur ein kleines Stück der gesamten Produktionskosten ausmacht. Die Aquino-Regierung und die großen Kapitalisten sollten damit aufhören, die Lüge zu verbreiten, dass eine wirksame Lohnerhöhung massive Entlassungen und hohe Inflation verursachen werde, so Roger Soluta.

21.01.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU beteiligten sich heute Morgen an einer **Protestaktion vor dem Senat und forderten von den Senatoren die Abschaffung des Gesetzes, mit dem die Einführung des K + 12-Programmes als Grundbildung ermöglicht wird.** Dieses Programm verdammt die Jugend des Landes zu billiger und Leiharbeit. Das K + 12- Gesetz wurde am 18.12.2012 in der 2. Lesung des Senats behandelt, wo sein Hauptautor, Senator Edgardo Angara behauptete, dass kein Senator gegen das Gesetz sei. Das K + 12 Programm muss betrachtet im Kontext des Bildungs- und Wirtschaftssystems des Landes. Es wird die Jugend in billige und Leiharbeit zwingen, wenn sie ihre Oberschule abgeschlossen haben, so Lito Ustarez. Du schaffst keine Arbeitsplätze, in dem Du einfach auf die Bildungspolitik änderst, Du schaffst Arbeitsplätze, wenn Du die ökonomische Politik veränderst.

22.01.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU **beteiligten sich heute an einem Marsch anlässlich des 26. Jahrestages des Massakers von Mendiola, wiederholten ihre Forderung nach einer wahrhaften Landreform** und verurteilten Aquino III für seine Weigerung, dieses Programm umzusetzen. Die KMU nahm Bezug auf die schneckenhaft langsame Umsetzung der Entscheidung des SC's, der eine Verteilung des Hazienda Luisita-Landes angeordnet hatte sowie die Bemühungen der Regierung, die Bananen- und Kokussussplantagen sowie die Bergbauaktivitäten in Mindanao neu zu beleben. Das Volk in Mindanao benötigt dringend eine Landreform, so dass es seinen Bedürfnissen nach Nahrungsmitteln nachkommen kann und keine Rückkehr der Plantagen und Bergbauaktivitäten, die den Bedürfnissen der Welt und nicht dem einheimischen Markt dienen und die den Boden und die Umwelt zerstören. Wir begehen den Jahrestag des Massakers mit der Wiederholung der Forderung der 13 Bauern, die dabei vor 26 Jahren starben: wirkliche Landreform. Zahlreiche Bauern sind in den letzten Jahren beim Kampf um eine Landreform gestorben, während sich verschiedene Regierungen geweigert haben, ihrer Forderung nachzukommen, so Roger Soluta. Die Landreform, die Cory Aquino umgesetzt hatte, war ein Fehlschlag bei der Verteilung des Landes an die Bauern und führte nur zu einer weiteren Konzentration des Landes in den Händen weniger Familien. Die KMU forderte auch die Abschaffung von Oplan Bayanihan, das zur Verletzung der Menschenrechte der Bauern und arbeitenden Menschen des Landes geführt hat.

22.01.2013

In der **Kolumne von Peter Wallace „Wie man Arbeitsplätze schafft“** (1/17/13) drückt scharf den Widerstand der Aquino-Regierung und der großen Kapitalisten gegenüber den Forderungen nach einer wirksamen Lohnerhöhung und für eine Stopp der Leiharbeit aus. Wallace nutzt die schreckliche Situation im Land aus, um die Arbeiter und die Armen damit zu erpressen Armutslöhne und Leiharbeit zu akzeptieren. Wir müssen die Billiglohnpolitik von Aquino, die zur Verschärfung des Hungers und der Armut unter den Arbeitern, aber zu keiner ausreichenden Beschäftigung geführt hat, zurückweisen, so Roger Soluta. Wallace nimmt Bezug auf die Mindestlöhne und die ausländischen Direktinvestitionen, vergleicht dabei eine Reihe von Ländern und zeigt, dass die Philippinen den höchsten Mindestlohn und die niedrigsten ausländischen Direktinvestitionen haben. Seine Stellungnahme steht im Widerspruch zu den Ergebnissen in einer Studie der UBS-Bank vom August 2011, worin dargestellt wird, dass Manila die zweiniedrigste Lohnhöhe und die niedrigste Kaufkraft hat und bei der 73 Städte untersucht, einschließlich der Hauptstädte untersucht worden sind. Wallace liegt falsch, wenn er das Lohnniveau für den niedrigen Stand der ausländischen Direktinvestitionen als verantwortlich erklärt. Zu seiner Ehrenrettung sei gesagt, dass er auch einige der Faktoren benennt, die dazu geführt haben: hohe Energiekosten (unsere sind die zweithöchsten in Asien), eine verworrene Bürokratie, eine unbeständige Politik, mehr Korruption, schlechte Infrastruktur usw. . Das Problem besteht darin, dass Aquino nur wenig oder gar nichts macht, um diese Probleme zu lösen, sondern nur daran festhält, die Löhne weiter zu drücken und die Leiharbeit zu unterstützen. Das ist einfach für die philippinischen Arbeiter und Armen unannehmbar. Nach Angaben von Ibon stieg das Jahresnettoeinkommen der 1.000 größten Betriebe im Land von 116,4 Milliarden Pesos im Jahr 2001 auf 804,1 Milliarden Pesos in 2010. Trotz des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise 2008 stieg ihr Gesamtnettoeinkommen um das Doppelte: von 416 Milliarden 2008 auf die genannte Zahl. Arbeiter und Arme können nicht länger die sich verschärfende Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut hinnehmen. Wir kaufen die prokapitalistische Wallace-Logik nicht ab.

22.01.2013

Die KMU **begrüßte heute den Vorstoß des Repräsentantenhausabgeordneten Manny Pacquiao** für die Annahme des 125-Peso-Gesetzes. Damit zeige Manny auch außerhalb des Rings Mut. Manny hatte in einem Schreiben vom 21.01.13 an den Vorsitzenden des Hauskomitees für Arbeit und Beschäftigung (COLE), Ong, seine volle Unterstützung für die Annahme des Gesetzes durch das Unterkomitee erklärt. Er rief COLE dazu auf, umgehend das Gesetz anzunehmen, einen Bericht zu erstellen und an das Hausplenum zur Beratung und Abstimmung weiterzuleiten. Das Gesetz werde dringend benötigt nach nunmehr zwei Dekaden von stagnierenden Löhnen. Wir sind froh darüber, dass Manny mit seinem Einfluss fortfährt, den Kampf der Arbeiter für eine wirksame Lohnerhöhung zu unterstützen. Wir hoffen, dass COLE und die anderen Kongressleute seinem Ruf folgen, so Lito Ustarez. Ob nur sein Ruf im Repräsentantenhaus gehört wird oder nicht, die philippinischen Arbeiter und das Volk hören ihn laut und deutlich. Er ist eine Inspiration für uns, unseren Kampf für die 125 Pesos zu verstärken, bevor der 15. Kongress zu Ende ist. In dem genannten Brief fordert Manny auch seine Kollegen im Repräsentantenhaus dazu auf, in den verbleiben 9 Sitzungstagen das Gesetz zu verabschieden.

25.01.2013

Die KMU **verurteilte heute in Mindanao tätige Bananenfirmen, die bekanntgaben, Arbeiter auf der Basis von Behinderungen, denen sich der Bananenexportsektor in den letzten Monaten ausgesetzt sah, zu entlassen.** Sie zeigen kein Verständnis für das Elend der Arbeiter. Stephen Antig, Exekutivdirektor von Pilipino Banana Growers and Exporters Association (PBGEA) sagte, dass verschiedene Natur und künstliche Desaster einschließlich des Taifuns Pablo zu einem Rückgang der Produktion im letzten Jahr geführt habe, was sich in niedrigen Exporterlösen niederschläge. Über Jahrzehnte haben die Bananenfirmen riesige Profite von den Arbeitern und dem Volk in Mindanao eingeheimst. Es ist verwerflich, dass sie jetzt Arbeiter entlassen wollen, wenn sie die Produktion bei einem geringen Rückgang ihrer Profite aufrechterhalten könnten, so Roger Soluta. Sie zeigen ihre Profitgier mitten in einer Katastrophensituation. Die Arbeiter und armen Menschen in Mindanao haben mehr Zerstörungen erlitten als die Plantagen. Das zeigt deutlich, dass Mindanao jetzt nicht den Rückkehr zur exportorientierten Bananenindustrie, sondern eine wahrhafte Landreform, mit dem Ziel der Unterstützung des Anbaus von Nahrungsmitteln, benötigt. Die Exportplantagen in Mindanao beschäftigen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung, zerstören den Boden für die Anpflanzung von Lebensmitteln und produzieren keine Nahrungsmittel, die sie jetzt dringend in den von Pablo zerstörten Gebieten benötigt werden. Die Angaben von PBGEA stehen auch im Widerspruch zu den vom Landwirtschaftsministerium herausgegebenen Daten, wonach sich der Bananenexport von 1,8 Millionen metrischen Tonnen im Jahr 2011 auf 3,8 Millionen metrische Tonnen

2012 mehr als verdoppelt hat. Nach Angaben seines Direktors Clarito Barron wurden neue Märkte eröffnet und es wird in diesem Jahr einen Exportanstieg geben. Die Bananenindustrie könne sich leicht wieder erholen.

27.01.2013

Die KMU **kritisierte heute Präsident Aquino III dafür, dass er die Senatoren dazu aufgerufen, zurück zur Arbeit gehen und das Befehden zu beenden.** Damit entschuldigt er in der Wirkung die Verteilung von 30 Millionen Pesos an Senatoren durch Senatspräsident Juan Ponce Enrile, was dem kürzlichen Disput im Senat zugrunde liegt. Mit seiner Weigerung, die Bargeldgeschenke von Enrile an Senatoren zu kommentieren, gibt er eine Enrile eine neue Aussage des Vertrauens trotz der **fragwürdigen Verteilung eines öffentlichen Fonds.** Das Statement des Präsidenten erfolgt auf dem Fuß der Abstimmung von prominenten Mitgliedern der Liberalen Partei im Senat, die Enrile als Senatspräsident beibehalten wollen und der Stellungnahme der Auditkommission, wonach Enriles Schritt ganz legal sei. Und der Präsident kann weiterhin behaupten, dass die Korruption unter seiner Regierung erdichtet sei? Er entschuldigt Patronage-Politik und die Verteilung einer großen Summe von öffentlichen Geldern an Senatoren für ihren Gebrauch, so Labog. Es sieht so aus, als ob Enriles Aufgabe als Senatspräsident darin besteht, ein Teil eines Machtteilungsarrangements mit dem Lager des Vizepräsident Jejomar Binay zu sein. Nun, da er von verschiedenen Sektoren kritisiert wird, nutzen pro-Aquino-Senatoren die Gelegenheit, um Enrile mit jemand auszutauschen, der sich gegenüber dem Präsident loyaler verhält.

27.01.2013

Wir verurteilen amerikanische Geschäftsleute und die US-amerikanisch-Philippinische Gesellschaft für ihre Forderung an Aquino, die Verfassung von 1987 abzuändern, so dass das Land der Transpazifischen Partnerschafts-Handels-Allianz (TPP) beitreten kann. Eine Verfassungsänderung wird den Weg frei machen für den vollkommenen Ausverkauf des Landes an große ausländische Kapitalisten und uns Filipinos zu Mietern in unserem eigenen Land machen. Wir sagen Nein zum Beitritt zu der Handelsallianz. Sie bedeutet weitere Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft des Landes. Die TPP wurde von den USA zu dem Zweck gegründet, den Zusammenbruch bei den Verhandlungen zur Welthandelsorganisation zu überwinden. Sie ist eine diktatorische Allianz, die aggressive Freihandelspolitik in ihren Mitgliedsländern einführen fühlen. Sie strebt an, die sehr verhasste Welthandelsorganisation auszustechen. Wir rufen die philippinischen Arbeiter und das Volk dazu auf, ihre Wachsamkeit gegenüber den Absichten von Aquino zur Veränderung der Verfassung zu erhöhen. Wir müssen diese anti-armen und antiphilippinischen Maßnahmen durch unsere kollektiven Aktionen und Proteste bekämpfen.

28.01.2013

Sechs Tage, bevor der Kongress in Ferien geht, haben Arbeiter heute Morgen unter der Führung der KMU einen **Picketprotest vor dem Repräsentantenhaus durchgeführt** und forderten die sofortige Freigabe des



Komiteeberichts zum 125-Peso-Gesetz. Um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, machten die Arbeiter Lärm und klopfen mit Geldstücken an den Toren von Batasang Pambansa. Das symbolisiere die mickrigen Lohnerhöhungen durch die regionalen Lohnbehörden. Wir rufen die Abgeordneten dazu auf, umgehend mit den Beratungen zum Gesetz anzufangen,

wenn sie den Bericht erhalten haben und für das Gesetz abzustimmen, so Roger Soluta. Große Ölkonzerne wie Shell, Caltex und Chevron wollen diese Woche ihre Literpreise für Benzin um 1 Peso, für Diesel um 0,25 Peso bis zu 0,34 Pesos erhöhen.

29.01.2013

Arbeiter unter der Führung der KMU führte heute Morgen eine **Picketprotestaktion vor der Hauptverwaltung des Arbeitsministeriums in Intramuros** durch und verurteilten die Stellungnahmen von DOLE gegen das 125-Peso-Gesetz. Der Name DOLE steht jetzt für „Department of Labor Exploitation“ (Ministerium für Arbeitskraftausbeutung). Arbeitsministerin Rosalinda Baldoz gab Interviews, in denen sie behauptete, dass das Gesetz massive Entlassungen verursachen werde. Nach Studien von Ibon führt eine landesweite Erhöhung der Löhne um 125 Pesos nur zur Reduzierung der Profite um 12%. Um ihre Proteste zu demonstrieren, verbrannten die Arbeiter Bilder von Baldoz und Aquino und behaupteten, dass diese beiden Feinde der philippinischen Arbeiter und des Volkes und Verteidiger der kapitalistischen Profite seien. Wir wiederholen unsere Aufforderung an den Präsident der Kommission für Arbeit und Beschäftigung, Ong, sein Versprechen zu erfüllen und einen Komiteebericht für das 125-Peso-Gesetz zu verfassen und an das Hausplenum weiterzuleiten. Wir werden in den kommenden Tagen und Wochen unsere Proteste verstärken, um die Abgeordneten zu einer schnellen Beratung und Verabschiedung des Gesetzes zu bringen.

29.01.2013

Die KMU **machte heute die erwartete Erklärung von Aquino III zum hohen Anstieg des Bruttosozialproduktes im Jahr 2012 schlecht**, die philippinischen Arbeiter und das Volk erfahren eine Verschärfung des Hungers, der Armut und der Arbeitslosigkeit. Die KMU nahm dabei Bezug auf eine Studie der philippinischen Zentralbank, die zeigt dass das Land eine der höchsten Arbeitslosenraten in Asien 2012 hat und die Untersuchung der Sozialwetterstation, die einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut seit 2010 aufzeigt. Das Bruttosozialprodukt GDP kann steigen, während zugleich die die Anzahl von Gutom, Dahop na Pilipino (die Filipinos, die hungrig und arm sind) steigt. Ein Anstieg des GDP bedeutet in diesem Fall einen Anstieg des Reichtums der Eliten des Landes und ihrer ausländischen Partner und eine Ausweitung der Ungleichheit, so Labog. Das Geschrei der Regierung über das GDP-Wachstum verfolgt das Ziel, die sich verschlechternde Situation für die Arbeiter und Armen im Land zu verdecken. Es wird dazu benutzt, um die Umsetzung von noch mehr anti-armen-politischen Maßnahmen und der Verfassungsänderung zu rechtfertigen. In den vergangenen Wochen hat sich der Generaldirektor der Nationalökonomischen Entwicklungsbehörde Arsenio Balisacan für noch mehr Steuergesetze, mehr Public-Private-Partnership-Projekte und die Schaffung von mehr Kraftwerken durch Aufbauarbeitsübertragungsmaßnahmen stark gemacht. Die philippinischen Arbeiter und das Volk lassen sich nicht durch die Lügen der Aquino-Regierung über ökonomisches Wachstum betrügen. Massenhunger, Armut und Arbeitslosigkeit wurden unter seine Regierung mehr und mehr offensichtlich.

30.01.2013

Mit **getrennten Anträgen haben vier Aktivisten**, die mit gefälschten Anklagen vom Regionalen Gerichtshof in Labo, Camarines Norte, konfrontiert sind, am 24.01.2013 die Offensive ergriffen und einen Antrag zur Verwerfung oder Ablehnung ihrer Anklagen gestellt oder der Gerichtshof soll eine Vorprüfung ihrer Fälle einleiten. Roy Velez, Amelita Gamara, Raul Camposano und Randy Vegas sagen, dass die Anklagen gegen sie gefälscht sind und dass keine saubere Voruntersuchung bei ihren Anklagen stattgefunden hat. Der einzige Augenzeuge in dem Fall gab den Behörden falsche Adressen, so dass sie die Vorladung nicht bekommen konnten und bekamen erst Kenntnis darüber, als Anklagen gegen sie erhoben wurden. Alle vier Angeklagten sind Sozialaktivisten und keine Mitglieder der NPA. Die Praxis von gefälschten Anklagen gegen Arbeits- und Menschenrechtsaktivisten, die sie dämonisiert und davon abhält, ihre Pflichten zu erfüllen, hat sich unter der Aquino-Regierung verstärkt, so Anwalt Remigio Saladero Jr., einer der Rechtsanwälte für die 4 Angeklagten und Rechtsberater der KMU.

31.01.2013

Die KMU begrüßte heute die Terminierung eines Treffens des Hauskomitees für Arbeit und Beschäftigung



zum 125 Peso-Gesetz.

Emil Ong hat ein Treffen für den 06.02.2013

geplant, um den Entwurf des Berichts des Unterkomitees zu diskutieren. Dieses Treffen kann zur Annahme und Übernahme des Berichts des Unterkomitees führen, den Weg frei machen zur Weiterleitung an das Hausordnungskomitee, das das Gesetz zur Beratung und Abstimmung im Plenum des Repräsentantenhauses eingeben kann. Wir rufen alle Anwälte für Arbeiterrechte auf, sich für die umgehende Verabschiedung des Gesetzes auszusprechen, so Labog. Unter den neuen Regeln, die der 15. Kongress beschlossen hat, müssen Gesetze, die bereits auf Komiteeebene angenommen worden sind, nicht erneut im nächsten Kongress eingestellt werden und müssen nicht vom Punkt Null an neu starten. Wenn COLE dem Gesetz am Mittwoch zustimmt, und wir hoffen das, werden die Arbeiter stärker ermutigt, die Verabschiedung des Gesetzes in den kommenden Monaten einzufordern. Der Kongress könnte auch während seiner Pause Dringlichkeitssitzungen einberufen. Die Sitzungen werden Im Juni wieder aufgenommen.

31.01.2013

Die KMU kritisierte heute die Philippinische Nationalpolizei wegen der Erstellung von Anklagen gegen Führer der Compostela Valley Bewohner, die am 15.01.2013 einen Protest gegen die schwachen Hilfsleistungen der Aquino-Regierung durchgeführt hatten. Anklagen wegen öffentlicher Störung wurden gegen Carlos Trangia, Bello Timdasan und Grace Curso von Barug Katawhan, Juland Suazo von Panalipdan, Sheena Duazo von Bayan, Tony Salubre von der KMP (Fortschrittliche Bauernvereinigung), Mae Fe Ancheta-Templa von Balsa Mindanao und Lenny Camino erhoben wegen der Durchführung einer 5.000 Bewohner umfassenden Straßenbarrikade auf nationalen Autobahn in Montevista. Die Menschen von Compostela Valley haben jedes Recht zu protestieren und verärgert zu sein. Sie sind hungrig und getrieben vom Protest gegen die kaltschnäuzige Reaktion der Regierung Aquino gegenüber den Verwüstungen durch den Taifun Pablo, ihrer verspäteten, unzureichenden und armseligen Hilfsleistungen, so Labog. Aufgrund des Protestes hat der Minister für soziale Wohlfahrt und Entwicklung die Freigabe von 10.000 Sack Reis an die Bewohner von Compostela Valley angeordnet. Die Bewohner beklagten sich darüber, dass dieser eine fauligen Geschmack und schlechten Geruch hat. Die KMU wird damit fortfahren, die Proteste der Bewohner von Compostela Valley gegen die schwachen Hilfsleistungen der Regierung zu unterstützen. Die Regierungspolitik ist verantwortlich für die Zerstörungen, die durch den Taifun verursacht worden sind.

